

Geschäftszahl:
2023-0.862.030

83/4.1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 23./24. November 2023

Am 23./24. November 2023 fand in Brüssel die 3986. Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Österreich wurde durch Vizekanzler Werner Kogler (Teil Kultur und Sport), Staatssekretärin für Jugend und Zivildienst Claudia Plakolm (Teil Jugend) und Botschafter Franz Wirtenberger (Teil Bildung) vertreten.

Die Vorsitze führten die spanische Ministerin für Bildung, Berufsausbildung und Sport Pilar Alegria, der spanische Staatssekretär zuständig für Jugend und Soziale Rechte Ignacio Álvarez Peralta, der spanische Kulturminister Ernest Urtasun i Domènech und der spanische Staatssekretär für Sport Victor Francos Díaz. Die Europäische Kommission war durch Vize-Präsidentin Věra Jaurová und Kommissarin Iliana Ivanova vertreten.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

Tagung des Rates – Teil Bildung

- Der Rat billigte die „Schlussfolgerungen zum Beitrag von Bildung zur Stärkung von gemeinsamen europäischen Werten sowie demokratischer Bürgerschaft“, welche die Bedeutung von Bildung zur Vermittlung von europäischen Werten sowie zivilgesellschaftlicher und demokratischer Partizipation thematisieren. Bildung wird als wichtige Säule zur Vermittlung der besagten Werte gesehen und Mitgliedstaaten werden entsprechend dazu eingeladen, deren Vermittlung entlang der Bildungskette im formellen, nicht-formellen und informellen Lernkontexten zu verankern und fördern (unter anderem Integration in Lehrpläne, Lehrerinnen- und Lehrerausbildung).

- Der Rat nahm eine „Empfehlung zu den Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche allgemeine und berufliche digitale Bildung“ an, die unter anderem auf dem Aktionsplan für digitale Bildung (2021-2027) sowie der Europäischen Kompetenzagenda basiert. Im Rahmen eines whole-of-government Zugangs wird Mitgliedstaaten empfohlen, nationale (oder wenn notwendig regionale) Strategien zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vermittlung von digitaler Bildung und digitalen Fähigkeiten weiterzuentwickeln bzw. zu erarbeiten. Notwendige Infrastruktur für hochqualitatives Lernen soll bereitgestellt werden sowie digitale Fähigkeiten von Führungskräften und Lehrkräften gestärkt werden. Die High Level Group on Education and Training soll die Umsetzung der gegenständlichen Empfehlung begleiten.
- Der Rat nahm eine „Empfehlung für eine bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung“ an, welche in engem komplementären Zusammenhang mit der Ratsempfehlung zu den Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche allgemeine und berufliche digitale Bildung gesehen werden muss und die gleiche Grundlage hat. Analog wird Mitgliedstaaten im Rahmen eines whole-of-government Zugangs empfohlen, entlang der Bildungskette im informellen, formellen und nicht-formellen Lernbereich das Angebot für digitales Lernen altersgerecht auszuweiten und qualitativ zu verbessern. Die Umsetzung soll ebenso von der High Level Group on Education and Training begleitet werden.
- Im Anschluss führte der Rat eine Orientierungsaussprache zum Thema „Erhöhung des Frauenanteils in den Fächern Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, Kunst und Technik (MINKT)“. Als eine wesentliche Herausforderung wurde identifiziert, dass geschlechterspezifische Unterschiede bereits früh im Bildungsweg auftreten. Entsprechend müssen erfolgreiche Strategien zum Abbau der Benachteiligung von Frauen in den MINKT-Fächern bereits früh im Bildungsweg ansetzen und sich über die gesamte Bildungskette fortsetzen. Als erfolgreiche österreichische Maßnahmen hob Botschafter Franz Wirtenberger Initiativen der Bildungs- und Frauenpolitik hervor, wie beispielsweise den Aktionsplan MI(N)Tmachen, das MINT-Regionen Qualitätslabel sowie die Mint Girls Challenge.
- Die slowenische Delegation informierte unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ über das Ljubljana Reading Manifesto. Die belgischen und niederländischen Delegationen berichteten über Risiken für den Schutz der Privatsphäre von Schülerinnen und Schülern in der digitalen Bildung. Zypern bewarb die 6. Internationale Musikolympiade für Schülerinnen und Schüler am 18. bis 20. April 2025 in Ayia Napa, Zypern. Die Europäische Kommission informierte über die „Schoolyard Guardian“ Initiative im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Service

Act). Abschließend stellte die belgische Delegation das Arbeitsprogramm für ihren kommenden Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2024 vor.

Tagung des Rates – Teil Jugend

- Der Rat billigte die „Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der durchgängigen Berücksichtigung junger Menschen in politischen Entscheidungsprozessen in der Europäischen Union“, welche die Forderung nach einem EU Jugendtest erneut bekräftigten.
- Weiters wurden „Schlussfolgerungen des Rates zu einem umfassenden Ansatz für die psychische Gesundheit junger Menschen in Europa“ vom Rat gebilligt, welche die psychischen Folgen der Covid-19 Pandemie bei jungen Menschen aufgriffen.
- Im Rahmen der Orientierungsaussprache zu „Eine zukunftsorientierte Europäische Union, die ihren jungen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet ist: Die Rolle junger Menschen in den Entscheidungsprozessen der EU“ betonte Staatssekretärin Plakolm die Wichtigkeit eines EU Jugendtests und stellte die Eckpunkte des österreichischen Jugendtests im Rahmen der Wirkungsfolgenabschätzung vor. Gerade bei jungen Menschen seien in Europa gravierende Probleme feststellbar, wenn es um Extremismus, Antisemitismus und Radikalisierung gehe. Ein häufiger Ort für Radikalisierungen seien Soziale Medien. Staatssekretärin Plakolm verwies darauf, dass gerade aufgrund der zunehmenden Radikalisierung, die in Europa festzustellen sei, es ihr ein politisches Anliegen sei und zwar bereits bei der letzten Sitzung des Jugendrats und somit noch lange vor dem Terrorangriff Israels, dass 2024 unter dem Titel „Terminating Hate“ zum Europäischen Jahr gegen Hass ausgerufen werde. Es wäre ein starkes Zeichen der EU für junge Menschen gewesen, wenn man die Probleme, die mit Radikalisierung und Hass in der Gesellschaft gegeben seien, auch offen angesprochen und Mitgliedstaaten unterstützt hätte, dagegen anzukämpfen, insbesondere wenn es um Antisemitismus gehe. Staatssekretärin Plakolm verwies darauf, dass Jugendbeteiligung auch bedeute, junge Menschen anzuhören, ihnen die Möglichkeit zu geben, Europa und ihr Land mitzugestalten. Des Weiteren betonte sie, dass in Österreich schon seit 2007 das Wahlalter von 16 Jahren gelte. Ein Wahlrecht mit 16 bedeute eine echte, tatsächliche Mitbestimmung.
- Der spanische Vorsitz informierte über die Diskussion des informellen Frühstückstreffens mit Jugendlichen, bei dem ebenfalls das Thema „mentale Gesundheit von jungen Menschen“ im Zentrum gestanden habe. Auch die Stärkung der Jugendbeteiligung durch einen EU Jugendtest wurde besprochen.
- Abschließend informierte die belgische Delegation über die Prioritäten des kommenden Ratsvorsitzes. Ein Fokus werde auf inklusiveren Gesellschaften,

Jugendarbeit sowie Kinderrechten liegen. Es werden drei Ratsschlussfolgerungen zu diesen Schwerpunkten vorgelegt.

Tagung des Rates – Teil Kultur, Audiovisuelles und Medien

- Der Rat billigte die Schlussfolgerungen zur „Stärkung der kulturellen und kreativen Dimension des europäischen Videospielesektors“. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission werden darin aufgefordert, die Rahmenbedingungen betreffend Finanzierung, Wettbewerbsfähigkeit, Urheberrecht, Datenerhebung, Geschlechtergleichstellung, Nachwuchsförderung, Zugänglichkeit, Barrierefreiheit und Jugendschutz zu verbessern.
- Im Mittelpunkt der Orientierungsaussprache stand die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern und anderen Beschäftigten im Kulturbereich. Hintergrund sind die jüngsten Empfehlungen einer EU-Expertinnengruppe sowie des Europäischen Parlaments, die einen EU-Rahmen für Arbeitsbedingungen im Kulturbereich, Fair Pay als Kriterium in den Förderprogrammen der EU und der Mitgliedstaaten sowie die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in Fragen der grenzüberschreitenden Mobilität anregen. Kommissarin Iliana Ivanova versprach, die Vorschläge angesichts beschränkter EU-Kompetenz zu prüfen. Die Mitgliedstaaten berichteten über die verschiedenen nationalen Maßnahmen, wie die gesetzliche Verankerung des Status von Künstlerinnen und Künstlern, Fair Pay- und Equal Pay-Initiativen, Stipendienprogramme sowie urheberrechtliche, arbeits- und steuerrechtliche Regelungen. Angesichts der Priorisierung des Themas im EU-Arbeitsplan für Kultur 2023-2026 wurde der diesbezügliche Austausch von Good Practice bekräftigt. Im Hinblick auf den vorgeschlagenen EU-Rahmen für Mindeststandards äußerten sich mehrere Mitgliedstaaten eher zurückhaltend, andere Delegationen wie Österreich signalisierten Bereitschaft für ein gemeinsames Vorgehen unter Berücksichtigung von nationalen Besonderheiten. Österreich regte an, einen Fairness-Prozess für Kultur in Europa zu starten. Als Vorbild wurde dabei auf die gemeinsame Fair-Pay-Strategie des Bundes, der Bundesländer, der Städte und Gemeinden sowie das zweckgewidmete Sonderbudget des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport in der Höhe von 25,5 Millionen Euro bis 2024 verwiesen.
- Unter den sonstigen Informationspunkten berichteten Österreich, Estland und die Europäische Kommission über die bevorstehenden Kulturhauptstädte Europas 2024, Bad Ischl, Tartu und Bodø. In Zusammenarbeit von 23 Gemeinden in Oberösterreich und der Steiermark spielt dabei erstmals in der Geschichte dieser EU-Initiative der ländliche, alpine Raum die Hauptrolle. Das Gesamtbudget beträgt rund 30 Millionen

Euro, wobei 10,9 Millionen Euro vom Bund und 1,5 Millionen Euro vom Melina Mercouri-Preis der EU zur Verfügung gestellt werden. Das Kulturhauptstadtjahr wird am 20. Jänner 2024 eröffnet und umfasst rund 300 Veranstaltungen. Des Weiteren informierten Tschechien über die Ernennung von České Budějovice (Budweis) zur Kulturhauptstadt Europas 2028, der Vorsitz über die Verhandlungen zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz, Slowenien über das Ljubljana Manifest zur Stärkung von Lesekompetenz, Deutschland und Frankreich über ihre nationalen „Kulturpässe“ für junge Menschen und Italien über eine neue Plattform zum Wiederaufbau des ukrainischen Kulturerbes. Abschließend gab Belgien eine Vorschau auf seinen Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2024 und den Fokus auf Publikumsentwicklung im digitalen Zeitalter.

Tagung des Rates – Teil Sport

- Der Rat nahm die „Schlussfolgerungen zu Frauen und Geschlechtergleichstellung im Sport“ an. Dabei wird ein sehr weiter Ansatz verfolgt, welcher vom Zugang zum Sport für alle Mädchen und Frauen auf allen Ebenen über den Frauenanteil in Trainerinnen- und Führungspositionen in Sportorganisationen und -vereinen hin zum Schutz vor Belästigung, Diskriminierung und Gewalt aber auch dem Aufbruch stereotypischer Bilder reicht. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit wird ebenso hervorgehoben, wie die Gewährleistung einer breiteren und stereotypenfreien Berichterstattung über Sportwettbewerbe von Frauen sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Mädchen und Frauen, was beispielsweise das Sport-Equipment und die Infrastruktur betrifft. Die Mitgliedstaaten werden unter anderem ersucht darauf hinzuwirken das Ziel der Geschlechtergleichstellung im Bereich des Sports zu erreichen, indem die Teilnahme, Einnahme von Führungspositionen und Sichtbarkeit von Frauen im Sport weiter gefördert und die Hindernisse und Stereotypen, mit denen Frauen nach wie vor konfrontiert sind, abgebaut werden.
- Die Orientierungsaussprache fand zum Thema „ein sicheres Umfeld im Sport“ statt. Nach einer Videobotschaft des amtierenden ukrainischen Ministers für Jugend und Sport tauschten sich die Europäische Kommission und die EU-Sportministerinnen und -minister basierend auf zwei Leitfragen über Maßnahmen in den EU Mitgliedstaaten sowie auf europäischer Ebene zur Förderung eines sicheren Umfelds im Sport aus. Österreich berichtete dabei über die für die Bereiche Kunst, Kultur und Sport etablierte „Vertrauensstelle gegen Machtmissbrauch“ und den „Good Governance Katalog“, welcher Extraförderungen für Verbände, die unter anderem in den Bereichen Kinder- und Gewaltschutz besonders beispielgebend agieren, ermöglicht. Weiters wies Österreich auf die gemeinsam mit dem Verein „100 Prozent Sport“

entwickelten Maßnahmen wie beispielsweise die Broschüre „Für Respekt und Sicherheit – gegen sexualisierte Übergriffe im Sport“ hin. Im internationalen Kontext hob Österreich beispielgebend das Projekt „Child Safeguarding in Sport“ hervor. Die Erkenntnisse dieses Projektes wurden national aufbereitet und bildeten die Basis für den E-Learning Kurs „SAFE SPORT - Prävention sexualisierter Gewalt im Sport“. Unter den sonstigen Informationspunkten informierte einerseits Frankreich über die im Jahr 2024 in Frankreich stattfindenden olympischen und paralympischen Spiele und Deutschland über die ebenso im Jahr 2024 in Deutschland stattfindende Fußball-Europameisterschaft der Herren. In einem weiteren Punkt informierte Ungarn über Inhalte und Ergebnisse der Sitzung des Stiftungsrates der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) am 17. November 2023. Darüber hinaus präsentierte die belgische Delegation in einem weiteren Informationspunkt ihr Arbeitsprogramm für den kommenden Vorsitz.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. Jänner 2024

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Bundesminister